Deutscher Bundestag **Drucksache 17/8723**
17. Wahlperiode 24. 02. 2012

Fragen

für die Fragestunde der 161. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 29. Februar 2012

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

1. Abgeordnete **Inge Höger** (DIE LINKE.)	Welche deutschen Unternehmen haben nach Informationen der Bundesregierung derzeit Niederlassungen oder Repräsentanten in Libyen?
2. Abgeordnete **Inge Höger** (DIE LINKE.)	Welche deutschen Firmen liefern nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit Rüstungsgüter, sonstige Waffen, Munition oder Sicherheitstechnik nach Libyen?
3. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Höhe ausstehender Forderungen von Seiten der Firma ThyssenKrupp AG oder deren Tochtergesellschaften gegenüber dem griechischen Staat wegen der Bestellung bzw. Lieferung von U-Booten?
4. Abgeordneter **Klaus Barthel** (SPD)	Wie bewertet die Bundesregierung die hohen deutschen Rüstungsexporte im Jahr 2010 an die Eurokrisenländer Portugal (811 Mio. Euro) und Griechenland (403 Mio. Euro), und welche Entwicklung der Exporte erwartet die Bundesregierung für das Jahr 2011 und die folgenden Jahre in diese Zielländer?
5. Abgeordneter **Klaus Barthel** (SPD)	Strebt die Bundesregierung eine europäische Vereinbarung zur Reduzierung von Rüstungsexporten in die Eurokrisenländer an, und wenn nein, warum nicht?
6. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)	Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über eine unzureichende wohnortnahe Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs in dünner besiedelten, ländlichen Regionen insbesondere hinsichtlich der sozialen und ökologischen Wirkungen, und welchen Stellenwert hat nach Ansicht der Bundesregierung die flächendeckende Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs bei der Rettung und Fortführung des Unternehmens Schlecker?

7. Abgeordneter **Manfred Nink** (SPD)

Welche konkreten Maßnahmen und Schritte hat die Bundesregierung bislang eingeleitet bzw. unternommen, um sich auf EU-Ebene für ein unabhängiges europäisches Kartellamt einzusetzen, wie es die CDU, CSU und FDP in ihrem Koalitonsvertrag (S. 18/132) angekündigt haben, und warum konnten bisher noch keine wesentlichen Fortschritte erzielt werden?

8. Abgeordneter **Manfred Nink** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Forderung, individuelle Strafsanktionen gegen nachweislich schuldige Mitarbeiter/-innen und Manager/-innen bei Kartellrechtsverstößen zur Verstärkung der Abschreckung im europäischen Kartellrecht zu verankern, und welche Schritte wird sie selbst unternehmen, um eine adäquate europäische Regelung zu erzielen?

9. Abgeordneter **Garrelt Duin** (SPD)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Entscheidungen der Unternehmen TenneT TSO GmbH und RWE AG, neue Investitionen in den Ausbau von Windparkprojekten zu stoppen, und wie bewertet die Bundesregierung die in diesem Zusammenhang geäußerte Begründung, dass die nötige Rechtssicherheit sowie belastbare Haftungsregelungen für den Fall der Nichtverfügbarkeit oder eines verspäteten Netzanschlusses fehlen?

10. Abgeordneter **Garrelt Duin** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung aktuelle Vorschläge, die Finanzierung von Offshore- und Overlayverbindungen durch die Beteiligung der Übertragungsnetzbetreiber in Deutschland an einer deutschen Gleichstrom-Netzgesellschaft zu gestalten, und was gedenkt die Bundesregierung insoweit zu tun?

11. Abgeordneter **Ingo Egloff** (SPD)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus, dass Stromnetzbetreiber gewarnt haben, der Zeitverzug zwischen der Fertigstellung der Offshorewindanlagen und dem Anschluss ans Netz könne bis zu 42 Monate betragen, und die Offshoreanlagenersteller daraufhin damit gedroht haben, keine Offshoreanlagen mehr zu erstellen, und mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung sicherstellen, dass zukünftig die Offshoreanlagen ohne zeitliche Verzögerung an das Netz angeschlossen werden können und der Plan, bis 2020 10 Gigawatt Strom aus Offshorewindenergie zu erzeugen, tatsächlich eingehalten werden kann?

12. Abgeordnete **Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie sieht nach Einschätzung der Bundesregierung der Zeitplan für die Beratung der EU-Energieeffizienzrichtlinie auf EU-Ebene aus (hier insbesondere die Frage, ob die Bundesregierung darauf hinwirken wird, dass ein Beschluss noch während der dänischen EU-Ratspräsidentschaft erfolgt), und liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, wie der deutsche Vorschlag von anderen EU-Staaten bewertet wird?

13. Abgeordnete **Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Können nach dem neuen Konzept der Bundesregierung auch Einsparungen, die im Rahmen bestehender Programme (z. B. des CO_2-Gebäudesanierungsprogramms) durch bereits vor Inkrafttreten der EU-Energieeffizienzrichtlinie durchgeführte konkrete Maßnahmen (z. B. Wärmedämmung eines Einfamilienhauses) erzielt wurden, auf die Zielerreichung des vorgeschlagenen 4,5-Prozent-Ziels zur Senkung des Energieverbrauchs bzw. des 6,3-Prozent-Ziels zur Steigerung der Energieeffizienz angerechnet werden, und falls ja, bis zu welchem Jahr sollen bereits durchgeführte Maßnahmen rückwirkend auf die zukünftigen Einsparziele angerechnet werden können?

14. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf welcher Grundlage basieren die beiden Energieeffizienzziele von einer Steigerung der Energieeffizienz von 6,3 Prozent innerhalb von drei Jahren bzw. der Senkung des Energieverbrauchs von 4,5 Prozent innerhalb von drei Jahren – bezogen auf eine jeweils vorlaufende Referenzperiode –, und wie passen diese Ziele in das von der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel 2007 formulierte Ziel der Steigerung der Energieeffizienz bzw. der Reduzierung des Primärenergieverbrauchs um 20 Prozent bis 2020?

15. Abgeordnete **Doris Barnett** (SPD)

Wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie zu dem für den 15. März 2012 angekündigten Termin im Rahmen des Wirtschaftsdialoges, bei dem die Ergebnisse des Gutachtens zu Warnhinweisen bei Urheberrechtsverletzungen mit Rechteinhabern und Diensteanbietern diskutiert werden sollen, auch Vertreter der Verbraucherschutzorganisationen und der Zivilgesellschaft einladen, und wenn nein, warum nicht?

16. Abgeordnete **Beate Walter-Rosenheimer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Anträge auf sogenannte Hermesdeckungen sind seit dem 1. Januar 2007 ausschließlich aufgrund einer negativ verlaufenen Umweltprüfung des Exportgeschäftes abgelehnt worden, und wie viele sind trotz einer nicht völlig unbedenklichen Umweltprüfung im gleichen Zeitraum zustande gekommen (bitte jeweils Anträge mit Datum der Antragstellung, mit Angabe der Höhe des Antrags, des Ziellandes sowie des Datums der Ablehnung für die erste Teilfrage bzw. des Datums der Abwicklung für die zweite Teilfrage auflisten)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

17. Abgeordnete **Heike Hänsel** (DIE LINKE.)

Hat sich die Menschenrechtslage in Libyen nach Auffassung der Bundesregierung zum jetzigen Zeitpunkt gegenüber der Situation vor einem Jahr (Januar 2011) eher verbessert oder verschlechtert, und wie begründet sie diese Bewertung?

18. Abgeordnete **Heike Hänsel** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die Menschenrechtssituation von Migranten aus Subsahara-Afrika in Libyen im Vergleich zum Januar 2011 (bitte mit Begründung)?

19. Abgeordneter **Dr. Diether Dehm** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die Sicherheitslage in Libyen aktuell?

20. Abgeordneter **Dr. Diether Dehm** (DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Analyse der International Crisis Group, wonach der regierende Nationale Übergangsrat nicht die Kontrolle über Libyen hat?

21. Abgeordneter **Niema Movassat** (DIE LINKE.)

Wie viele von der Übergangsregierung kontrollierte Gefangenenlager in Libyen mit welcher Anzahl von Gefangenen sind der Bundesregierung bekannt?

22. Abgeordneter **Niema Movassat** (DIE LINKE.)

Ist der Bundesregierung bekannt, welche Mitglieder der libyschen Übergangsregierung unmittelbar oder mittelbar an Kriegsverbrechen beteiligt waren, und wie geht sie mit diesen um?

23. Abgeordneter **Paul Schäfer (Köln)** (DIE LINKE.)

Mit welchen Mitteln unterstützt die Bundesregierung in Libyen die Beseitigung von Kampfmitteln und die Entwaffnung von Milizen, und wie viele Waffen konnten bislang eingesammelt werden?

24. Abgeordnete **Kathrin Vogler** (DIE LINKE.)

Ist die Bundesregierung wegen der nicht zuletzt durch die Aussagen der Hilfsorganisationen Amnesty International und Ärzte ohne Grenzen bekannt gewordenen Folterungen und Misshandlungen von Gefangenen in libyschen Lagern bereits bei den libyschen Behörden vorstellig geworden, und welche weiteren Aktivitäten plant die Bundesregierung, um den Druck auf die libyschen Behörden zur Abstellung dieser Missstände zu erhöhen?

25. Abgeordnete **Kathrin Vogler** (DIE LINKE.)

Haben internationale Hilfsorganisationen wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) freien und ungehinderten Zugang zu den libyschen Gefangenenlagern, und falls nein, was unternimmt die Bundesregierung gegenüber den libyschen Behörden, um diesen Zugang durchzusetzen?

26. Abgeordnete **Dr. Eva Högl** (SPD)

Welche „verschärften Kontrollmaßnahmen“ (vgl. die Antwort des Staatsministers Dr. Werner Hoyer auf meine Mündliche Frage 4 in der Fragestunde vom 30. November 2011, Bundestagsdrucksache 17/145) hat die Bundesregierung mit Wirkung vom 1. Januar 2012 eingeführt, um private Hausangestellte stärker gegen Ausbeutung durch ausländische Diplomaten/-innen zu schützen, und welche weiteren konkreten Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstüzung von privaten Hausangestellten hat die Bundesregierung in den letzten Monaten ergriffen?

27. Abgeordnete **Dr. Eva Högl** (SPD)

Hat die Bundesregierung Elemente guter Praxis aus der Studie „Domestic Workers in Diplomats’ Households“ des Deutschen Instituts für Menschenrechte vom Juni 2011 übernommen bzw. eingeführt, und wenn ja, welche der Elemente wurden neu eingeführt?

28.	Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Inwiefern beteiligt sich die Bundesregierung konzeptionell, personell und finanziell an der Errichtung eines EU-Operationszentrums für das Horn von Afrika, und was erwartet sie von diesem Zentrum für die laufenden und geplanten EU-Missionen und -Operationen am Horn von Afrika?
29.	Abgeordnete **Viola von Cramon-Taubadel** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Welche Anzeichen hat die Bundesregierung dafür, dass ihre Bemühungen, die Regierung Usbekistans zu einer Zustimmung zu einer IAO-Beobachtermission (IAO = Internationale Arbeitsorganisation) bei der Baumwollernte zu bewegen, dieses Jahr erfolgreicher sein wird als in den letzten Jahren, und aus welchen Gründen setzt sie sich nicht für eine Untersuchungskommission nach Artikel 26 des IAO-Statuts ein?
30.	Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)	Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, dass deutsche Staatsbürger als Angestellte der italienischen Botschaft und Konsulate in Deutschland bei den am 5. März 2012 anstehenden Wahlen zur betrieblichen Arbeitnehmervertretung nicht wahlberechtigt sind, und falls dem so ist, sieht die Bundesregierung politischen Handlungsbedarf, um für den betroffenen Personenkreis einen Zugang zur betrieblichen Mitbestimmung zu ermöglichen?
31.	Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Welche Angaben macht die Bundesregierung zur derzeitigen Sicherheitslage in Afghanistan und zur Zuverlässigkeit der afghanischen Sicherheitskräfte sowie zu den Erfolgen bei der Gewinnung der Herzen der Afghanen angesichts der seit Tagen andauernden landesweiten Unruhen unter Parolen wie „Tod der NATO“, „Tod den Ausländern“ und des Überlaufens von Sicherheitskräften mit ihren Waffen zu den Demonstranten, nachdem die Bundesregierung noch in ihrem Sicherheitsbericht Ende letzten Jahres behauptet hatte, die Sicherheitslage sei besser geworden, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus diesen Ereignissen für ihre Prognose für Ende 2014, nach der dann die Sicherheitslage die vollständige Übergabe der Verantwortung für die Sicherheit im ganzen Land allein an die afghanischen Sicherheitskräfte erlauben werde?

32. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Wurde nach Auffassung der Bundesregierung durch die Stellungnahme des Bundesministers des Auswärtigen, Dr. Guido Westerwelle, wonach „[d]ie Verweigerung des Zugangs zu Atom-Installationen [...] ein weiterer Verstoß Irans gegenüber der IAEO und der internationalen Staatengemeinschaft“ sei, (bewusst) eine auch von den Medien verbreitete Fehleinschätzung verstärkt, wonach es Ziel der jüngsten IAEO-Delegationsreise (IAEO = Internationale Atomenergie-Organisation) in den Iran gewesen sei, tatsächliche oder mutmaßliche Atom-Installationen – insbesondere die Militäranlage Parchin – zu inspizieren, obgleich der Delegationsleiter, Herman Nackaerts, bereits vor der Abreise klarstellte, dass ihr Ziel nicht Inspektionen, sondern lediglich Gespräche hierüber sind (www.iaeo.org/newscenter/news/2012/visit-iran.html), welche dann auch stattfanden, und wie schätzt die Bundesregierung die Wirkung wiederholter Androhungen eines Krieges bzw. von Luftschlägen durch ihre Verbündeten auf die Bereitschaft der iranischen Führung ein, internationale Beobachter eine besonders auch für die iranische Luftabwehr relevante Militärbasis mit einem der größten Munitionsdepots und wichtigen Rüstungsstandorten inspizieren zu lassen und somit zu einer friedlichen Lösung des Atomstreites beizutragen?

33. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung über die Prüfung und Planung einer militärischen Intervention in den einzelnen NATO-Staaten (insbesondere USA, Türkei, Frankreich und Großbritannien) gegen Syrien bzw. über die Vorbereitung einer gemeinsamen militärischen Intervention der Koalition „Freunde Syriens“, zu der sich die USA, Großbritannien, Frankreich und die Arabische Liga nach dem Veto Chinas und Russlands im UN-Sicherheitsrat zusammengeschlossen haben vor, die nach dem Vorbild der sog. Koalition der Willigen im völkerrechtswidrigen Krieg gegen Irak vorgehen soll und über die bisherige Beteiligung des NATO-Mitgliedstaates Türkei an dem Bürgerkrieg in Syrien, die sich besonders durch die Bewaffnung, Ausbildung und Unterstützung einer Bürgerkriegspartei, der „Freien Syrischen Armee“ kennzeichnet (vgl. www.tagesanzeiger.ch/ausland/naher-osten-und-afrika/Blauhelme-und-Waffenlieferungen/story/31275263?dossier_id=965)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

34. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Auf welcher gesetzlichen Grundlage informiert das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) ausländische Geheimdienste über Reisen einer Gruppe deutscher Staatsangehöriger als angebliche Terrorismusunterstützer ins Ausland, wie es der Schriftsteller Raul Zelik über eine Reisegruppe von 2005 nach Kolumbien berichtete (http://tinyurl.com/6ub2ek9), und inwiefern stellte die Bundesregierung in diesem Einzelfall, aber auch in anderen Fällen sicher, dass durch diese Praxis nicht Leib und Leben ihrer Staatsangehörigen gefährdet werden, zumal der damalige Chef des kolumbianischen Geheimdiensts DAS, mit dem das BfV kooperierte, als Hardliner gegen Linke und Unterstützer paramilitärischer Gruppen bekannt war, was letztes Jahr mit einer Verurteilung zu 25 Jahren Gefängnis geahndet wurde, da ihm nachgewiesen wurde, dass er in seiner Amtszeit den Todesschwadronen Listen zu ermordender Gewerkschafter zuspielte?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

35. Abgeordneter **Alexander Ulrich** (DIE LINKE.)

Inwiefern sind die Bundesregierung oder andere EU-Mitgliedstaaten durch den Ratsbeschluss vom 16. Dezember 2011 hinsichtlich der geplanten Ratifizierung des ACTA-Abkommens (ACTA = Anti-Counterfeiting Trade Agreement) eine rechtliche Verpflichtung zur Umsetzung von ACTA eingegangen, wie es am 10. Februar 2012 im Handelspolitischen Ausschuss von der EU-Kommission behauptet wurde, und welche internationale Verantwortung, wie es die EU-Kommission im Handelspolitischen Ausschuss ebenfalls vorträgt, ist nach Auslegung der Bundesregierung damit verbunden?

36. Abgeordneter **Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ist die augenblickliche inhaltliche Position der Bundesregierung bezüglich des Anti-Counterfeiting Trade Agreement – auch vor dem Hintergrund der jüngsten Entscheidung der Europäischen Kommission, das Abkommen durch den Europäischen Gerichtshof überprüfen lassen zu wollen –, und wie wird der weitere Ratifizierungsprozess in Deutschland in zeitlicher Hinsicht aussehen?

37. Abgeordneter **Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wird sich die Bundesregierung, die ja bereits vor geraumer Zeit der Friends-of-Transparency-Initiative beigetreten ist, gegenüber den Verhandlungspartnern für eine Offenlegung sämtlicher Dokumente, die im Zusammenhang der einzelnen Verhandlungsrunden erstellt wurden, einsetzen?

38. Abgeordnete **Agnes Krumwiede** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie begründet es die Bundesregierung, dass davon auszugehen ist, dass es, nachdem die Bundesministerin der Justiz, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, in ihrer Videobotschaft zu ACTA vom 8. Februar 2012 gesagt hat, dass die Bundesregierung keinen Gesetzgebungsbedarf zur Änderung des Urheberrechts sehe, den lange angekündigten sog. dritten Korb der Urheberrechtsreform nicht mehr geben wird?

39. Abgeordneter **Burkhard Lischka** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass das in der Vergleichenden Studie über Modelle zur Versendung von Warnhinweisen durch Internet-Zugangsanbieter an Nutzer bei Urheberrechtsverletzungen vorgeschlagene „vorgerichtliche Mitwirkungsmodell“ als eine Kooperationsmöglichkeit anzusehen ist, die der Verpflichtung in ACTA entspricht, „Kooperationsbemühungen im Wirtschaftsleben zu fördern, die darauf gerichtet sind, Verstöße gegen Marken, Urheberrechte oder verwandte Schutzrechte wirksam zu bekämpfen“?

40. Abgeordneter **Burkhard Lischka** (SPD)

Wird die Bundesregierung im Rahmen des dritten Korbes zur Novellierung des Urheberrechtsgesetzes eine Regelung für ein solches Warnhinweismodell vorschlagen, und wann ist mit der Vorlage des dritten Korbes zu rechnen?

41. Abgeordneter **Ingo Egloff** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung – vor dem Hintergrund, dass sich die Fraktion der CDU/CSU bereits für ein Warnhinweismodell bei Urheberrechtsverletzungen ausgesprochen und der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Hans-Joachim Otto, Provider und Rechteinhaber aufgefordert hat, sich zügig auf ein praktikables Warnhinweismodell zu einigen, da sonst die Bundesregierung in der Pflicht sei, eine gesetzliche Regelung vorzuschlagen, während die Bundesministerin der Justiz, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, unter Berufung auf den Koalitionsvertrag erklärt hat, dass es in Deutschland kei-

ne Sperrung von Internetzugängen wegen Urheberrechtsverletzungen und keine Warnhinweise geben werde – entsprechende Warnhinweismodelle sowie das vorgerichtliche Mitwirkungsmodell, und wird die Bundesregierung Initiativen ergreifen, um entsprechende Modelle umzusetzen?

42. Abgeordneter **Siegmund Ehrmann** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass ein solches Warnhinweismodell bei Urheberrechtsverletzungen als verhältnismäßig anzusehen ist und dass ein solches Modell einen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung von Rechtsverstößen leisten kann?

43. Abgeordneter **Siegmund Ehrmann** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass bereits heute anstelle kostenintensiver Abmahnungen Warnhinweise verschickt werden könnten und dass es hierzu keiner Inpflichtnahme der Internetzugangsanbieter bedürfte, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, warum nicht bereits heute – wenn die Vermeidung von Abmahnungen das Ziel eines solchen vorgerichtlichen Mitwirkungsmodells sein soll – vor einer Abmahnung eine aufklärende Warnung verschickt wird?

44. Abgeordneter **Martin Dörmann** (SPD)

Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus dem kürzlich veröffentlichten Gutachten zu Warnhinweisen bei Urheberrechtsverletzungen ziehen, und wie bewertet sie die Ergebnisse der vergleichenden Studie hinsichtlich der Erkenntnisse und Auswirkungen entsprechender Modelle zur Aussendung von Warnhinweisen bei Urheberrechtsverletzungen durch Internetzugangsanbieter in anderen EU-Mitgliedstaaten?

45. Abgeordneter **Martin Dörmann** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung das mit dieser Studie vorgeschlagene vorgerichtliche Mitwirkungsmodell aus rechtspolitischer Perspektive, und wie bewertet die Bundesregierung ein solches Modell im Hinblick auf seine verfassungsrechtliche und europarechtliche Vereinbarkeit?

46. Abgeordnete **Brigitte Zypries** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass ein Warnhinweismodell bei Urheberrechtsverletzungen bzw. vorgerichtliches Mitwirkungsmodell angesichts der damit einhergehenden Grundrechtseingriffe auf freiwilliger Basis im Rahmen einer Selbstregulierung

umgesetzt werden könnte, oder teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass dies – sollte sich der Gesetzgeber tatsächlich dafür entscheiden – allenfalls auf gesetzlicher Grundlage erfolgen kann?

47. Abgeordnete **Brigitte Zypries** (SPD)

Welche rechtlichen Vorgaben müssten nach Auffassung der Bundesregierung hierfür geschaffen oder geändert werden und in welcher Form?

48. Abgeordneter **Lars Klingbeil** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Notwendigkeit eines Warnhinweismodells zur Bekämpfung von Urheberrechtsverletzungen bzw. eines vorgerichtlichen Mitwirkungsmodells, wie es die Studie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie vorschlägt, vor dem Hintergrund der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes z. B. in seiner Entscheidung „Scarlet Extended“ (Rs. C-70/10), und teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass ein solches Modell nach den Vorgaben des Europäischen Gerichtshofes europarechtswidrig wäre?

49. Abgeordneter **Lars Klingbeil** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass eine derartige Inpflichtnahme von Internetzugangsprovidern als „Hilfssheriffs“ auf eine Privatisierung der Rechtsdurchsetzung hinausläuft, und ist die Bundesregierung der Auffassung, dass dies aus verfassungsrechtlicher Sicht zulässig ist?

50. Abgeordnete **Doris Barnett** (SPD)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Gutachten des Europäischen Gerichthofes (EuGH) vom 8. März 2011, welches zu dem Schluss kommt, ein geplantes EU-Patentgericht würde gegen europäisches Recht verstoßen, und welche Anstrengungen hat die Bundesregierung unternommen, um dafür Sorge zu tragen, dass bei einer Errichtung des EU-Patentgerichtes der Sitz in Deutschland angesiedelt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

51. Abgeordneter **Dr. Gerhard Schick** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hat die Bundesregierung, beispielsweise aufgrund von Mitteilungen der portugiesischen Regierung, der Europäischen Zentralbank, des Internationalen Währungsfonds oder der EU-Kommission, Hinweise darauf, dass zusätzliche Unterstützung für Portugal oder eine Anpassung der bisherigen Hilfsmaßnahmen für Portugal notwendig werden könnte, und wenn ja, seit wann?

52. Abgeordneter **Dr. Gerhard Schick** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hat der Bundesminister der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble, Mitgliedern der portugiesischen Regierung gegenüber Aussagen über die Haltung der Bundesregierung zu einer möglichen zusätzlichen Unterstützung für Portugal oder zu einer möglichen Anpassung der bisherigen Hilfsmaßnahmen gemacht?

53. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wird die Bundesregierung sicherstellen, dass die neuen Finanzhilfen für Griechenland über mindestens 130 Mrd. Euro nur ausgezahlt werden, wenn der zugesagte Schuldenschnitt aller Privatgläubiger einschließlich der Hedgefonds über mindestens 53 Prozent diesmal auch tatsächlich vollzogen wird, nachdem die Finanzhilfen für Griechenland vom Mai 2010 in Höhe von 110 Mrd. Euro weitgehend ausgezahlt wurden, ohne dass der damals fest vereinbarte Schuldenschnitt von 21 Prozent für Privatgläubiger bis heute realisiert wurde und nachdem rechtsverbindliche schriftliche Zusagen bisher wieder nicht vorliegen und bis zu den Iden des März vermutlich nicht vorliegen werden, und aus welchen Gründen hält die Bundesregierung ausgerechnet deutsche Bundesminister (insbesondere den Bundesminister der Finanzen) für besonders geeignet, der griechischen Regierung und dem griechischen Volk ultimativ Auflagen anzukündigen und zu machen, wie das aufgezwungene radikale Sparpaket vor allem zu Lasten der sozial Schwachen in Griechenland durchgesetzt und dies sogar mittels EU-Verwalter und Sperrkonto abgesichert werden soll?

54. Abgeordnete **Dr. Barbara Höll** (DIE LINKE.)

Mit welchen fiskalischen Belastungen durch den Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung (SoFFin), infolge von Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen bei der FMS Wertmanagement AöR nach der Einigung der Finanzminister zu einem Schuldenschnitt für Griechenland, rechnet

die Bundesregierung, und teilt die Bundesregierung weiterhin die Aussage des Bundesministers der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble, „alle Maßnahmen, mit denen wir es Griechenland ermöglicht haben, für einige Jahre nicht die Finanzmärkte in Anspruch nehmen zu müssen und an der Gesundung seiner Wirtschaft zu arbeiten, haben den deutschen Steuerzahler bisher nichts gekostet“ (DER SPIEGEL vom 15. August 2011)?

55. Abgeordnete **Dr. Barbara Höll** (DIE LINKE.)

Welche Risiken sieht die Bundesregierung infolge der aktuell sinkenden Steuereinnahmen für die Einhaltung der Schuldenbremse auch vor dem Hintergrund der beabsichtigten Steuerentlastung durch das Gesetz zum Abbau der kalten Progression, und welcher Vorgang führte zu dem einmaligen Sondereffekt, der nach Berichten der „Süddeutsche Zeitung“ vom 23. Februar 2012, das Steueraufkommen zunächst um 1,6 Mrd. Euro erhöht habe, der aber im Laufe dieses Jahres zu einer Rückerstattung in gleichem Umfang führe?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

56. Abgeordneter **Heinz Paula** (SPD)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die berufsspezifischen Risiken und Gefährdungen der langjährig Beschäftigten bei den Werkfeuerwehren in der chemischen Industrie vor, und inwieweit sind die Regelungen in Zusammenhang mit der Anhebung des Renteneintrittsalters auf die Situation dieser Berufsgruppe abgestimmt?

57. Abgeordneter **Heinz Paula** (SPD)

Ist der Hinweis von kommunaler Seite zutreffend, dass bei der Personalkostenerstattung für städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern mit § 16 der Verwaltungskostenfeststellungsverordnung (in Kraft getreten zum 1. Januar 2012) finanzielle Lasten für Versorgungsaufwendungen der Beamten vom Bund auf die Kommunen abgewälzt werden, und wie wird diese Änderung zulasten der Kommunen vonseiten des Bundes sachlich begründet?

58. Abgeordnete **Gabriele Hiller-Ohm** (SPD)

Welche Position vertritt die Bundesregierung in den Verhandlungen auf EU-Ebene zur Überarbeitung der Modernisierungsrichtlinie (2003/51/EG) in Bezug auf gesetzliche Offenlegungspflichten für Unternehmen hinsichtlich der sozialen und ökologischen Bedingungen entlang der Produktions- und Lieferketten, insbesondere vor dem Hintergrund der im ARD-Magazin „Monitor“ vom 2. Februar 2012 erschienenen Aussagen der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Dr. Ursula von der Leyen, dass Diskussionen mit der EU-Kommission geführt werden, „für welche Bereiche es Berichtspflichten geben soll“ und dass die Bundesministerin für den Dialog „offen“ sei?

59. Abgeordnete **Gabriele Hiller-Ohm** (SPD)

Welche Schlussfolgerungen hat die Bundesregierung aus der Mitteilung der EU-Kommission „Eine neue EU-Strategie (2011–14) für die soziale Verantwortung der Unternehmen (CSR)“ (KOM(2011) 681 endgültig) gezogen, und welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, damit Unternehmen ihrer Verantwortung entlang der Produktions- und Lieferketten verstärkt nachkommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

60. Abgeordneter **Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung unter der Voraussetzung, dass der Bundesrat dem am 23. Februar 2012 im Bundesratsausschuss für Agrarpolitik und Verbraucherschutz beschlossenen Antrag zur Übergangsfrist für bestehende Kleingruppenhaltungen bei Legehennen ebenfalls zustimmt, diesen Beschluss in einer Verordnung umsetzen?

61. Abgeordneter **René Röspel** (SPD)

Hat der im Februar 2011 vom Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Gerd Müller in der Antwort zu der Schriftlichen Frage 59 auf Bundestagsdrucksache 17/4813 der Abgeordneten Cornelia Behm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) angekündigte Runde Tisch zur Aquakultur inzwischen stattgefunden, und falls ja, mit welchem Ergebnis?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

62. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Welche weitergehenden Überlegungen oder Absprachen wurden zur Beschaffung von weiteren High-Altitude-Long-Endurance- / Imagery-Intelligence-Drohnen (HALE/IMINT) für den NATO-Verband Alliance Ground Surveillance angestellt bzw. getroffen, wie es die Bundesregierung in der Bundestagsdrucksache 17/8893 in einem Nebensatz vorträgt, und inwiefern wäre bei der beabsichtigten Stationierung in Sigonella/Sizilien hierzu die Bewilligung der italienischen Regierung einzuholen, zumal es sich nach Angaben der Bundesregierung um eine „nationale Beistellung“ handelt, die Drohnen also von der Bundeswehr stationiert und betrieben werden?

63. Abgeordneter
Paul Schäfer (Köln)
(DIE LINKE.)

Welche Unterstützungsleistungen hat das European Air Transport Command (EATC) für die NATO-Operation Unified Protector in welchem Zeitraum erbracht, und welchen Anteil hatte die Bundeswehr daran?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

64. Abgeordnete
Heidrun Dittrich
(DIE LINKE.)

Wie stellt sich die Belegungsstatistik (Zugänge, Entlassungen und Todesfälle) in den Jahren 1950, 1955, 1960, 1965 und 1970 in deutschen Kinderheimen (Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik zusammen) dar, und welche Gründe für die Todesfälle sind der Bundesregierung bekannt (inklusive Todesfälle von Kindern, die aus Heimen in Krankenhäuser gebracht wurden und dort verstorben sind)?

65. Abgeordnete
Heidrun Dittrich
(DIE LINKE.)

Wie viele Anträge für den „Fonds Heimerziehung“ wurden bislang gestellt, und wie stellt sich deren Aufschlüsselung nach abgeschlossenen, abgelehnten und unbearbeiteten Vorgängen dar (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

66.	Abgeordnete **Beate Walter-Rosenheimer** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Wann plant die Bundesregierung, nachdem sie am 28. Februar 2012 in Genf im Rahmen des Highlevel Segment des UN-Menschenrechtsrates an der Unterzeichnerzeremonie teilgenommen hat und nachdem die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Kristina Schröder, im Rahmen dessen für Deutschland das Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention die Individualbeschwerde betreffend unterzeichnet hat, einen Gesetzentwurf zur Ratifizierung dieses Zusatzprotokolls in den Deutschen Bundestag einzubringen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

67.	Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)	Welche Erfahrungen und Ergebnisse gibt es aus Sicht der Bundesregierung mit dem im Sommer 2009 verabschiedeten Gesetz zur Regelung des Assistenzpflegebedarfs im Krankenhaus für Menschen mit Behinderung, und inwieweit sieht die Bundesregierung hinsichtlich der Ausweitung auf Einrichtungen nach § 107 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch sowie des betroffenen Personenkreises und der Nachjustierung von Durchführungsbestimmungen Änderungs- bzw. Ergänzungsbedarf?
68.	Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)	Wie viele Menschen mit Behinderung haben seit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Regelung des Assistenzpflegebedarfs im Krankenhaus für Menschen mit Behinderung entsprechende Assistenzleistungen beim Aufenthalt im Krankenhaus, in Rehaeinrichtungen sowie bei stationären Kuren in Anspruch genommen, und welche Mehrkosten waren damit für die öffentliche Hand verbunden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

69.	Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Wohin und mit welchen Zielen hat der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Dr. Peter Ramsauer in dieser Legislaturperiode dienstliche Auslandsreisen unternommen?

70. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie teuer waren diese Reisen, und wie hoch ist das Budget für solche Reisetätigkeiten der politischen Leitung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung?

71. Abgeordneter **Gustav Herzog** (SPD)

Rechnet die Bundesregierung mit der Zulassung der Technik der sogenannten LL-Sohle (low noise, low friction) bis zur Einführung eines lärmabhängigen Trassenpreissystems zum Fahrplanwechsel 2012/2013, und welche Maßnahmen ergreift sie, um diesen Termin zu halten?

72. Abgeordneter **Gustav Herzog** (SPD)

Wird die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Abschaffung des Schienenbonus noch vor der parlamentarischen Sommerpause 2012 vorlegen, und wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

73. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was unternimmt die Bundesregierung, um die Bayerische Staatsregierung dazu zu bewegen, der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt (NW-FVA) doch noch die Daten und Zahlen zu liefern, die sie aus Bayern braucht, um das Forschungs- und Entwicklungsvorhaben „Natürliche Waldentwicklung als Ziel der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (NWE5)“ im Auftrag der Bundesregierung abschließen zu können?

74. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche gemeinsamen Erklärungen, Vereinbarungen oder Ähnliches wurden kürzlich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kasachstan im Nuklearbereich abgegeben bzw. getroffen (insbesondere in Bezug auf Ressourcen, Abfallstoffe, Technologien oder Forschung; ggf. bitte mit Angabe des betreffenden Bundesministeriums und Datums), und welche derartigen Erklärungen, Vereinbarungen oder Ähnliches wurden nach Kenntnis der Bundesregierung kürzlich zwischen Kasachstan und deutschen Wirtschaftsvertretern abgegeben bzw. getroffen?

75. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie sieht das Arbeitsprogramm der Reaktor-Sicherheitskommission (RSK) für die weiteren Untersuchungen und die Erarbeitung neuer Sicherheitsanforderungen nach der ersten RSK-Stellungnahme zum Stresstest der deutschen Atomkraftwerke aus, das die RSK seit letztem Sommer bis dato verfolgt hat und wie ihr entsprechendes weiteres Arbeitsprogramm (bitte differenzierte Angaben nach Themen-/Arbeitsbereichen mit Terminplan und kurzer Erläuterung machen)?

76. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Werden analog zur angekündigten Absenkung der Grenzwerte für die radioaktive Belastung von Lebensmitteln in Japan auch die EU-Grenzwerte herabgesetzt, und wenn dies nicht automatisch geschieht, wird sich die Bundesregierung für deren Anpassung nach unten auf das neue japanische Niveau einsetzen?

77. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung die angekündigte Absenkung des Grenzwertes für die innere Strahlenbelastung von 5 Millisievert pro Jahr auf 1 Millisievert pro Jahr in Japan, und welche Grenzwerte gelten in Deutschland?

78. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Soll die jährliche Absenkung des Ausbaukorridors in Höhe von 400 Megawatt für Photovoltaikanlagen über 2017 hinaus fortgeführt werden, und falls ja, wie hoch wäre der Ausbaukorridor dann im Jahr 2020?

79. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit welchen Vermarktungserlösen rechnet die Bundesregierung für Strom aus Photovoltaikanlagen in den nächsten 20 Jahren, und wie hoch sind dieses Jahr insgesamt die Vergütungsabsenkungen für Photovoltaikanlagen der Größenordnung größer als 10 bis zu 30 Kilowatt (bitte Angabe zwischen reiner Vergütungsabsenkung sowie unter Berücksichtigung eines Vermarktungsanteils von 10 Prozent ohne Eigenverbrauch differenzieren)?

80. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit welcher Begründung hat die Bundesregierung den Vorschlag der EU-Kommission vom 4. Oktober 2011 zur Umsetzung des Artikels 7a der Kraftstoffqualitätsrichtlinie, welcher eine Berücksichtigung der Lebenszyklustreibhausgasemissionen von Kraft-

stoffen vorsieht, im Komitologieverfahren nicht unterstützt, und welche Position wird die Bundesregierung bei den weiteren Verhandlungen zur Umsetzung in diesem Punkt der Richtlinie vertreten vor dem Hintergrund ihrer eigenen Klimaschutzbemühungen und des weiterhin offenen Ausgangs nach der Überweisung an den EU-Umweltrat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

81. Abgeordnete **Veronika Bellmann** (CDU/CSU)

Wann werden die Beratungsstellen für Beratungsleistungen im Rahmen der „Bildungsprämie“ (Erstveröffentlichung am 2. Dezember 2011) zertifiziert, damit die beschlossenen Prämiengutscheine durch die betroffenen Bürgerinnen und Bürger eingelöst werden können?

82. Abgeordneter **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der aktualisierten „Vorausberechnung der Studienanfängerzahlen 2012–2025“, die die Kultusministerkonferenz (KMK) am 10. Februar 2012 veröffentlicht hat und die allein für die Laufzeit der zweiten Phase des Hochschulpaktes bis 2015 von zusätzlichen 357 000 Sudienanfängern ausgeht bzw. von rund 749 000 in der Zeitspanne 2011 bis 2020, und wann wird die Bundesregierung gemäß dem Beschluss der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz vom 29. März 2011, der auf der Konferenz der Regierungschefinnen und der Regierungschefs der Länder mit der Bundeskanzlerin am 9. Juni 2011 in Berlin ausdrücklich begrüßt wurde, weitere Gespräche mit den Ländern aufnehmen, um eine Ausweitung des Hochschulpaktes nach Maßgabe der oben genannten aktualisierten KMK-Prognose auf den Weg zu bringen?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333